

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 4154

[C — 2003/33068]

28. APRIL 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für Pflege- und Fachpersonal im Gesundheitsbereich

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996, 4. Mai 1999, 6. Mai 1999, 25. Mai 1999, 22. Dezember 2000 und vom 7. Januar 2002;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. April 2003;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 17. April 2003;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass mehrere Weiterbildungsmaßnahmen für Pflege- und Fachpersonal bereits im Jahre 2003 vorgesehen sind, die einem akuten professionellen Weiterbildungsbedarf entsprechen, die dadurch entstehenden Personal- und Funktionskosten jedoch aufgrund fehlender Rechtsbasis nicht bezuschusst werden können, womit eine Förderung der Projekte ab 2003 nicht möglich ist, duldet das Inkrafttreten vorliegenden Erlasses somit keinen Aufschub mehr;

Auf Vorschlag des Ministers zuständig für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I – *Einführende Bestimmungen*

Anwendungsbereich

Artikel 1 - § 1. Vorliegender Erlass ist anwendbar auf alle Initiativen, die zur Weiterbildung von Pflege- und Fachpersonal im Gesundheitsbereich beitragen.

§ 2. Ziel einer jeder Weiterbildung muss sein, die fachliche Kompetenz der Teilnehmer zu verbessern sowie die Integration des Erlernen in den Berufsalltag zu unterstützen.

Wenn der Antragsteller eine Weiterbildung für sein eigenes Pflege- und Fachpersonals anbietet, muss dieses Projekt sich in das für das Personal des Antragstellers festgelegte allgemeine Fortbildungskonzept integrieren.

KAPITEL II – *Bezuschussung*

Zielgruppe

Art. 2 - § 1. Jede natürliche oder juristische Person kann einen Antrag auf Zuschuss stellen.

§ 2. Die juristischen Personen deren Hauptaktivität darin besteht Weiterbildungen für Pflege- und Fachpersonal anzubieten, können einen Jahreszuschuss für die Durchführung der Weiterbildung und für Personal- und Funktionskosten beantragen.

§ 3. Außer die unter § 2 erwähnten Personen können alle im Gesundheitsbereich tätigen juristischen Personen oder natürlichen Personen einen Zuschuss für die Durchführung der in Artikel 1 erwähnten Weiterbildung beantragen.

Bezuschussungsantrag

Art. 3 - § 1. Der Antrag auf Zuschuss der in Artikel 2, § 2 erwähnten Personen muss folgende Angaben enthalten:

1. Ein durch das Ministerium vorab genehmigtes Jahresprogramm der geplanten Weiterbildungen, in dem zumindest Inhalt, Zielpublikum, Dauer, die Begründung zur Planung besagter Weiterbildungen und die Qualifikation der Referenten beschrieben werden muss.

2. Eine Kostenschätzung zur Durchführung des Jahresprogramms;

3. Einen Haushaltsplan;

4. Alle zur Berechnung des in Artikel 4, § 1 vorgesehenen Zuschusses erforderlichen Angaben.

Zusätzlich zu diesen Dokumenten verpflichtet sich der Antragsteller zu folgenden Initiativen:

1. dreimal jährlich eine professionelle Veröffentlichung zu Themen im Gesundheitsbereich zu gewährleisten;

2. sich aktiv an den Gremien der Gesundheitsförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu beteiligen.

§ 2. Der Antrag auf Zuschuss der in Artikel 2, § 3 erwähnten Personen muss folgende Angaben enthalten:

1. Angaben zu der Weiterbildung in denen zumindest Inhalt, Zielpublikum und Dauer der Weiterbildung beschrieben werden muss;

2. Der Lebenslauf der für die Weiterbildung vorgesehenen Referenten;

3. Eine Kostenschätzung zur Durchführung der Weiterbildung.

Höhe des Zuschusses

Art. 4 - § 1. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel können die in Artikel 2, § 2 erwähnten Personen für die Durchführung der Weiterbildung folgende Zuschuss erhalten:

1. 60% der genehmigten Kosten der Weiterbildung;

2. 75% der genehmigten Personalkosten;

3. einen Pauschalbetrag i von höchstens 9.663 Euro für die anfallenden Funktionskosten. Genannter Betrag ist an die Entwicklung des Indexes der Verbraucherpreise gebunden. Als Angelindex gilt zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorliegenden Erlasses 138,01, der auf dem am 1. Januar 1984 anwendbaren Verbraucherindex basiert.

Für den unter § 1, 1. erwähnten Zuschuss werden folgende Kosten berücksichtigt:

1. Die Mietkosten für die Räumlichkeiten, insofern der Antragsteller nachweist, dass er nicht über eigene geeignete Räumlichkeiten verfügt;
2. Die Referatskosten (Fahrten, Spesen und Honorar);
3. Die für die Durchführung der Weiterbildungen erforderlichen Materialkosten, inklusive Informationsmaterial und die notwendigen Fachliteratur.

Bemessungsgrundlage für den unter § 1, 2. erwähnten Zuschuss ist der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Für den unter § 1, 3. erwähnten Zuschuss werden folgende Kosten berücksichtigt:

1. Bürokosten;
2. Wasser und Energiekosten;
3. Versicherungskosten;
4. Fahrtkosten des Personals;
5. Kosten für die ständige Weiterbildung des Personals;
6. Miet- und Mietnebenkosten;
7. Unterhaltskosten des Räumlichkeiten;
8. Kosten von Veröffentlichungen;
9. Kleinere Anschaffungen von Büromaterial.

§ 2. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel können die in Artikel 2, § 3 erwähnten Personen könne einen Höchstzuschuss von 60% für folgende Kosten beantragen:

1. Die Mietkosten, insofern der Antragsteller nachweist, dass er nicht über eigene geeignete Räumlichkeiten verfügt;
2. Fahrtkosten, Spesen und Honorar des Referenten;
3. Die für die Durchführung der Weiterbildung erforderlichen Materialkosten.

§ 3. Wenn die in § 1 und § 2 erwähnten Kosten bereits durch andere öffentliche Behörden bezuschusst werden, werden diese Zuschüsse von bezuschussbarem Betrag in Abzug gebracht.

Auszahlungsbestimmungen

Art. 5 - § 1. Der in Artikel 4, § 1 vorgesehene Zuschuss wird wie folgt ausgezahlt:

1. 90% der genehmigten jährlichen Kostenschätzung wird als Zuschuss in Zwölfteile ausgezahlt
2. Die restlichen 10% werden nach Genehmigung der eingereichten Endabrechnung und der entsprechenden Belege sowie der in Artikel 6, § 1 erwähnten Unterlagen ausgezahlt.

§ 2. Der in Artikel 4, § 2 vorgesehene Zuschuss wird nach Einreichen und Genehmigung der in Artikel 6, § 2 erwähnten Unterlagen ausgezahlt.

KAPITEL III – Schlussbestimmungen

Unterlagen und Prüfung

Art. 6 - § 1. Die in Artikel 2, § 2 erwähnten Personen reichen spätestens im Monat Mai eines jeden Jahres folgende Unterlagen beim Ministerium ein:

1. Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht des vorangegangenen Jahres;
2. Eine Ergebnisrechnung bezogen auf das vorangegangene Jahr.

§ 2. Die in Artikel 2, § 3 erwähnten Personen reichen nach jeder Weiterbildungsveranstaltung einen Bericht beim Ministerium ein. In diesem Bericht wird auf die Zweckerfüllung der Weiterbildung, die Anzahl Teilnehmer sowie eventuelle Reaktionen der Teilnehmer eingegangen. Zudem reichen sie alle erforderlichen Unterlagen zur Berechnung des in Artikel 4, § 2 erwähnten Zuschusses beim Ministerium ein.

§ 3. Die geförderten Aktivitäten können jederzeit durch Beauftragte des Ministeriums überprüft werden.

Strafbestimmung

Art. 7 - Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen vorliegenden Erlasses kann der Minister nach Stellungnahme des Antragstellers den Zuschuss verringern oder die Auszahlung des Zuschusses verweigern oder gezahlte Zuschüsse zurückverlangen.

Aufhebung

Art. 8 - Der Erlass der Exekutive vom 25. August 1988 zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen von Pflegepersonal, sowie zur allgemeinen Gesundheitsinformation, abgeändert durch den Erlass vom 26. März 1992 ist aufgehoben.

Inkrafttreten

Art. 9 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

Durchführung

Art. 10 - Der für die Gesundheit zuständige Minister ist mit der Durchführung des Erlasses beauftragt.
Eupen, den 28. April 2003

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung,
Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2003 — 4154

[C — 2003/33068]

28 AVRIL 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone en vue de promouvoir les mesures prises en matière de Formation permanente du personnel soignant et des gens de métier dans le secteur de la Santé

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993, 16 juillet 1993, 30 décembre 1993, 16 décembre 1996, 4 mai 1999, 6 mai 1999, 25 mai 1999, 22 décembre 2000 et 7 janvier 2002;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 14 mars 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 17 avril 2003;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'entrée en vigueur du présent arrêté ne souffre aucun délai étant donné que plusieurs mesures de formation permanente du personnel soignant et des gens de métier, mesures répondant à un besoin aigu en formation professionnelle continue, sont déjà prévues pour 2003 mais que, faute de base juridique, les frais de personnel et de fonctionnement qui en découlent ne peuvent être subsidiés, ce qui rend impossible la promotion des projets à partir de 2003;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Jeunesse et de Famille, de Protection des Monuments, de Santé et d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions liminaires*

Champ d'application

Article 1^{er}. § 1^{er}. Le présent arrêté s'applique à toutes les initiatives qui contribuent à la formation permanente du personnel soignant et des gens de métier dans le secteur de la santé.

§ 2. Toute formation permanente doit avoir pour but d'améliorer les compétences techniques des participants ainsi que l'intégration de la matière apprise dans le quotidien professionnel.

Lorsque le demandeur offre une formation permanente pour son propre personnel soignant et ses propres gens de métier, ce projet doit s'intégrer dans le concept général de formation permanente défini pour le personnel du demandeur.

CHAPITRE II. — *Subsidiation*

Groupe cible

Art. 2. § 1^{er}. Toute personne physique ou morale peut introduire une demande de subsides.

§ 2. Les personnes morales dont l'activité principale consiste à offrir des formations permanentes pour le personnel soignant et les gens de métier peuvent demander un subside annuel pour l'organisation de la formation permanente et pour les frais de personnel et de fonctionnement.

§ 3. Outre les personnes visées au § 2, toutes les personnes morales ou physiques actives dans le secteur de la santé peuvent demander un subside pour l'organisation de la formation permanente dont question à l'article 1^{er}.

Demande de subsides

Art. 3. § 1^{er}. La demande de subside introduite par les personnes mentionnées à l'article 2, § 2, doit comporter les éléments suivants :

1° un programme annuel des formations permanentes envisagées, approuvé préalablement par le Ministère et décrivant au moins le contenu, le public cible, la durée, la justification de la programmation desdites formations et la qualification des conférenciers;

2° une estimation du coût de la réalisation du programme annuel;

3° un budget;

4° toutes les données nécessaires au calcul du subside prévu à l'article 4, § 1^{er}.

En plus de ces documents, le demandeur s'engage à prendre les initiatives suivantes :

1° assurer trois fois par an une publication professionnelle concernant des thèmes relatifs au secteur de la santé;

2° participer activement aux organes promouvant la santé en Communauté germanophone.

§ 2. La demande de subside introduite par les personnes mentionnées à l'article 2, § 3, doit comporter les éléments suivants :

1° des données relatives à la formation permanente et décrivant au moins le contenu, le public cible et la durée de ladite formation

2° le curriculum vitae des conférenciers prévus pour la formation permanente;

3° une estimation du coût de l'organisation de la formation permanente.

Montant du subside

Art. 4. § 1^{er}. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, les personnes mentionnées à l'article 2, § 2, peuvent obtenir le subside suivant pour l'organisation de la formation permanente :

1° 60 % du coût approuvé de la formation permanente;

2° 75 % des frais de personnel approuvés;

3° un montant forfaitaire de 9.663 € maximum pour les frais de fonctionnement. Ledit montant est lié à l'évolution de l'indice des prix à la consommation. L'indice-pivot au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté est de 138,01, basé sur l'indice à la consommation applicable au 1^{er} janvier 1984.

Les frais suivants sont pris en compte pour le subside visé au § 1^{er}, 1° :

- 1° les loyers des locaux, dans la mesure où le demandeur prouve qu'il ne dispose pas en propre de locaux adéquats;
- 2° les frais liés aux conférenciers (déplacements, frais généraux et honoraires);
- 3° les frais relatifs au matériel nécessaire pour l'organisation de la formation, en ce compris le matériel d'information et la littérature spécialisée.

Le subside visé au § 1^{er}, 2°, est calculé conformément à l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé.

Les frais suivants sont pris en compte pour le subside visé au § 1^{er}, 3° :

- 1° les frais de bureau;
- 2° les frais relatifs à l'eau et à l'énergie;
- 3° les frais d'assurance;
- 4° les frais de déplacement du personnel;
- 5° les frais de formation continue du personnel;
- 6° les frais locatifs et charges locatives;
- 7° les frais d'entretien des locaux;
- 8° les frais de publication;
- 9° les menues dépenses pour du matériel de bureau.

§ 2. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, les personnes mentionnées à l'article 2, § 3, peuvent obtenir un subside à concurrence de 60 % pour les frais suivants :

- 1° les loyers des locaux, dans la mesure où le demandeur prouve qu'il ne dispose pas en propre de locaux adéquats;
- 2° les frais liés aux conférenciers (déplacements, frais généraux et honoraires);
- 3° les frais relatifs au matériel nécessaire pour l'organisation de la formation.

§ 3. Lorsque les frais mentionnés aux §§ 1^{er} et 2 sont déjà subsidiés par d'autres pouvoirs publics, ces subsides sont déduits du montant subsidiable.

Dispositions relatives à la liquidation des subsides

Art. 5. § 1^{er}. Le subside prévu à l'article 4, § 1^{er}, est liquidé comme suit :

- 1° 90 % de l'estimation annuelle des coûts approuvée sont liquidés comme subside en douzièmes;
- 2° les 10 % restants sont liquidés après approbation du décompte final introduit et des justificatifs y afférents ainsi que des documents mentionnés à l'article 6, § 1^{er}.

§ 2. Le subside prévu à l'article 4, § 2, est liquidé après introduction et approbation des documents mentionnés à l'article 6, § 2.

CHAPITRE III. — *Dispositions finales*

Documents et vérification

Art. 6. § 1^{er}. Les personnes mentionnées à l'article 2, § 2, introduisent annuellement auprès du Ministère, au plus tard au mois de juin, les documents suivants :

- 1° un rapport d'activités détaillé relatif à l'année précédente;
- 2° un compte de résultats se rapportant à l'année précédente.

§ 2. Les personnes mentionnées à l'article 2, § 3, introduisent un rapport auprès du Ministère après chaque activité de formation permanente, rapport détaillant la mesure dans laquelle la formation permanente a rempli ses objectifs, le nombre de participants ainsi que les réactions éventuelles des participants. De plus, elles introduisent auprès du Ministère tous les documents nécessaires au calcul du subside mentionné à l'article 4, § 2.

§ 3. Les activités soutenues peuvent en tout temps être vérifiées par le délégué du Ministère.

Sanctions

Art. 7. En cas de non respect des dispositions du présent arrêté, le Ministre peut, après avoir sollicité l'avis du demandeur, diminuer le subside, refuser la liquidation du subside ou exiger le remboursement de subsides liquidés.

Abrogation

Art. 8. L'arrêté de l'Exécutif du 25 août 1988 en vue de promouvoir les mesures prises en matière de formation permanente du personnel soignant et de donner une information générale en matière de santé, modifié par l'arrêté du 26 mars 1992, est abrogé.

Entrée en vigueur

Art. 9. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 2003.

Exécution

Art. 10. Le Ministre compétent en matière de Santé est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 28 avril 2003.

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi,
de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESSEN

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 4154

[C — 2003/33068]

28 APRIL 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot bevordering van maatregelen inzake voortdurende vorming van het verzorgend personeel en van het vakpersoneel in de gezondheidssector

De regering van de Duitstalige gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993, 16 juli 1993, 30 december 1993, 16 december 1996, 4 mei 1999, 6 mei 1999, 25 mei 1999, 22 december 2000 en 7 januari 2002;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 14 maart 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 17 april 2003;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de inwerkingtreding van voorliggend besluit geen uitstel lijdt, daar meerdere maatregelen inzake voortdurende vorming van het verzorgend personeel en van het vakpersoneel die aan een acuut behoefte aan voortgezette beroepsopleiding beantwoorden reeds voor het jaar 2003 gepland zijn; dat de eruit voortvloeiende personeels- en werkingskosten, bij gebreke aan een juridische basis, echter niet kunnen worden gesubsidieerd, wat de bevordering van de projecten vanaf 2003 onmogelijk maakt;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Angelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Inleidende bepalingen*

Toepassingsgebied

Artikel 1. § 1. Voorliggend besluit is toepasselijk op alle initiatieven die bijdragen tot de voortdurende vorming van het verzorgend personeel en van het vakpersoneel in de gezondheidssector.

§ 2. Elke voortdurende vorming moet tot doel hebben de technische bekwaamheden van de deelnemers alsmede de integratie van de leerstof in het alledaagse beroepsleven te verbeteren.

Als de aanvrager een voortdurende vorming voor zijn eigen verzorgend personeel en vakpersoneel aanbiedt, moet zich dit project in het algemeen concept van voortdurende vorming integreren dat voor het personeel van de aanvrager gedefinieerd werd.

HOOFDSTUK II. — *Subsidiëring*

Doelgroep

Art. 2. § 1. Elke natuurlijke of rechtspersoon mag een subsidiëringsaanvraag indienen.

§ 2. De rechtspersonen waarvan de hoofdactiviteit erin bestaat, voortdurende vormingen voor het verzorgend personeel en het vakpersoneel aan te bieden, mogen om een jaarlijkse toelage vragen voor het organiseren van de voortdurende vorming en voor de personeels- en werkingskosten.

§ 3. Naast de in § 2 bepaalde personen mogen alle natuurlijke of rechtspersonen werkzaam in de gezondheidssector om een toelage vragen voor het organiseren van de in artikel 1 bedoelde voortdurende vorming.

Subsidiëringsaanvragen

Art. 3. § 1. De subsidiëringsaanvraag ingediend door de in artikel 2, § 2, vermelde personen moet volgende elementen omvatten :

1° een jaarlijks programma van de geplande voortdurende vormingen, vooraf goedgekeurd door het Ministerie en houdende tenminste een beschrijving van de inhoud, de doelpubliek, de duur, de rechtvaardiging van de programmering van de betrokken vormingen en de bekwaamheid van de voordrachthouders;

2° een kostenraming voor de uitvoering van het jaarlijks programma;

3° een begroting;

4° alle gegevens die noodzakelijk zijn om de toelage te kunnen berekenen, waarin artikel 4, § 1, voorziet.

Naast deze documenten verplicht de aanvrager er zich toe, volgende initiatieven te nemen :

1° drie keer per jaar voor een beroepspublicatie over thema's m.b.t. de gezondheidssector te zorgen;

2° actief deel te nemen aan de organen die de gezondheid in de Duitstalige Gemeenschap promoveren.

§ 2. De subsidiëringsaanvraag ingediend door de in artikel 2, § 3, vermelde personen moet volgende elementen omvatten :

1° gegevens m.b.t. de voortdurende vorming houdende tenminste een beschrijving van de inhoud, de doelpubliek en de duur van de betrokken vorming;

2° het *curriculum vitæ* van de voordrachthouders die voor de voortdurende vorming in aanmerking zijn genomen;

3° een kostenraming voor de uitvoering van de voortdurende vorming.

Bedrag van de toelage

Art. 4. § 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kunnen de in artikel 2, § 2, vermelde personen de volgende toelage verkrijgen voor het organiseren van de voortdurende vorming :

1° 60 % van de voor de voortdurende vorming goedgekeurde kosten;

2° 75 % van de goedgekeurde personeelskosten;

3° een forfaitair bedrag van ten hoogste € 9.663 voor de werkingskosten. Het betrokken bedrag is aan de ontwikkeling van het indexcijfer van de consumptieprijzen gekoppeld. Het spilindex bij de inwerkingtreding van voorliggend besluit bedraagt 138,01, gebaseerd op het indexcijfer van de consumptieprijzen toepasselijk op 1 januari 1984.

Voor de in § 1, 1°, bedoelde toelage worden volgende kosten in aanmerking genomen :

1° de huurprijs van de lokalen, in zoverre de aanvrager het bewijs levert dat hij niet persoonlijk over adequate lokalen beschikt;

2° de kosten m.b.t. de voordrachthouders (verplaatsingen, algemene onkosten, erelonen);

3° de kosten m.b.t. het materieel dat noodzakelijk is voor het organiseren van de vorming, informatiematerieel en vakliteratuur inbegrepen.

De in § 1, 2°, bedoelde toelage wordt berekend overeenkomstig het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren « sociale aangelegenheden » en « gezondheid ».

Voor de in § 1, 3°, bedoelde toelage worden volgende kosten in aanmerking genomen :

1° de bureaustkosten;

2° de kosten i.v.m. water en energie;

3° de verzekeringskosten;

4° de verplaatsingskosten van het personeel;

5° de kosten i.v.m. de voortdurende vorming van het personeel;

6° de kosten van verhuring en de huurlasten;

7° de kosten voor het onderhoud van de lokalen;

8° de publicatiekosten;

9° de kleine uitgaven voor bureaumaterieel.

§ 2. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kunnen de in artikel 2, § 3, vermelde personen, voor de volgende kosten, een toelage verkrijgen ten belope van 60 % :

1° de huurprijs van de lokalen, in zoverre de aanvrager het bewijs levert dat hij niet persoonlijk over adequate lokalen beschikt;

2° de kosten m.b.t. de voordrachthouders (verplaatsingen, algemene onkosten, erelonen);

3° de kosten m.b.t. het materieel dat noodzakelijk is voor het organiseren van de vorming, informatiematerieel en vakliteratuur inbegrepen.

§ 3. Als de in de §§ 1 en 2 vermelde kosten reeds door andere openbare overheden gesubsidieerd worden, worden deze toelagen afgetrokken van het voor de subsidiëring in aanmerking komende bedrag.

Bepalingen m.b.t. de uitbetaling van de toelagen

Art. 5. § 1. De toelage waarin artikel 4, § 1, voorziet, wordt als volgt uitbetaald :

1° 90 % van de goedgekeurde jaarlijkse kostenraming wordt uitbetaald in twaalfden als toelage;

2° de resterende 10 % wordt uitbetaald na goedkeuring van de ingediende slotrekening, van de desbetreffende bewijsstukken en van de in artikel 6, § 1, vermelde documenten.

§ 2. De toelage waarin artikel 4, § 2, voorziet, wordt uitbetaald na indiening en goedkeuring van de in artikel 6, § 2, vermelde documenten.

HOOFDSTUK III. — Slotbepalingen

Documenten en controle

Art. 6. § 1. De in artikel 2, § 2, vermelde personen dienen jaarlijks, ten laatste in juni, volgende documenten in bij het Ministerie :

1° een gedetailleerd activiteitenverslag m.b.t. het vorige jaar;

2° een resultatenrekening m.b.t. het vorige jaar.

§ 2. De in artikel 2, § 3, vermelde personen dienen bij het Ministerie, na elke activiteit i.v.m. de voortdurende vorming, een verslag in met details over de mate waarin de doeleinden van de voortdurende vorming bereikt zijn, over het aantal deelnemers en over de eventuele bemerkingen van de deelnemers. Bovendien dienen ze bij het Ministerie alle documenten in die noodzakelijk zijn om de toelage bedoeld in artikel 4, § 2, te berekenen.

§ 3. De ondersteunde activiteiten kunnen te allen tijde door de afgevaardigde van het Ministerie gecontroleerd worden.

Strafmaatregelen

Art. 7. Bij niet-naleving van de bepalingen van voorliggend besluit kan de Minister, nadat hij het advies van de aanvrager heeft ingewonnen, de toelage verminderen, de uitbetaling van de toelage weigeren of de terugbetaling van de uitbetaalde toelagen eisen.

Opheffing

Art. 8. Het besluit van de Executieve van 25 augustus 1988 tot bevordering van maatregelen inzake voortdurende vorming van het verzorgend personeel en tot algemene gezondheidinformatie, gewijzigd bij het besluit van 26 maart 1992, wordt opgeheven.

Inwerkingtreding

Art. 9. Voorliggend besluit heeft uitwerking op 1 januari 2003.

Uitvoering

Art. 10. De Minister bevoegd inzake Gezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 28 april 2003.

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. NIESSEN

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 4155

[C — 2003/33066]

15. MAI 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung verschiedener Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung wegen der Einführung des Euro

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, insbesondere Artikel 12, abgeändert durch das Programmdekret 2001 vom 7. Januar 2002;

Auf Grund des Dekretes vom 17. Juli 1995 über Einschreibegebühren und Schulgeld im Unterrichtswesen, insbesondere Artikel 4;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 20. Juli 1994 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie die Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, insbesondere Artikel 10 und 18, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. September 1998;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 1995 zur Ausführung des Dekretes vom 17. Juli 1995 über Einschreibegebühren und Schulgeld im Unterrichtswesen, insbesondere Artikel 9, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 7. Oktober 1998;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 3 und 5;

Auf Grund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 9. Oktober 2002;

Auf Grund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. Oktober 2002;

Auf Grund der Beratung der Regierung vom 14. November 2002 über die Anfrage eines Gutachtens des Staatsrates innerhalb einer Frist von einem Monat;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 34.899/2 des Staatsrates, das am 10. März 2003 in Anwendung von Artikel 84 Abs. 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Prüfungsausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 1 - In den Artikeln 10 und 18 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Juli 1994 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie die Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss sowie in den Artikeln 3 und 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden die Beträge in belgischen Franken in der linken Spalte ersetzt durch die Beträge in Euro in der rechten Spalte:

BEF	EUROS
500	12,50
1 500	37,50
2 000	50,00
70 000	1.750,00